

A 6

Antragsteller: Jusos Odenwaldkreis

NPD-Verbot jetzt!

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die südhessischen Jusos fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf ein neues Verbotsverfahren gegen die neonazistische NPD nach Artikel 21, Absatz 2 Grundgesetz auf den Weg zu bringen.

Der Innenminister wird aufgefordert, das Verbot von rechtsextremistischen Vereinen zu prüfen und durchzuführen.

Begründung:

Die seinerzeit von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat vorgebrachten Verbotgründe gelten nach wie vor. Die NPD ist eine neonazistische Partei, die ganz im Sinne der NSDAP gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung agiert. Ihre Aussagen sind rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele propagiert die NPD Gewalt. Sie bietet darüber hinaus Gewalttätern eine politische Heimat und gießt öffentlich Öl ins Feuer, indem sie beispielsweise Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Internet in einem Video in Naheaufnahme potentiellen rechten Schlägern „vorstellt“.

Angesichts der Übergriffe von Neo-Nazis auf Jusos und Mitglieder anderer demokratischen Jugendorganisationen vor Landtagswahlen in anderen Bundesländern und aufgrund der Tatsache, dass seit einigen Wochen auch im Odenwaldkreis Jusos von Neonazis massiv bedroht werden (die Palette reicht von Drohanrufen bis hin zu platten Autoreifen), fordern wir nun nach den ersten Beschlüssen des zurückliegenden SPD-Bundesparteitages nun nicht nur entschlossenes sondern vor allem zeitnahes(!) Handeln der SPD-Bundestagsfraktion.